Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.90 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.30 den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 70 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 10 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3. Freiburg 1392.

Nr. 149 (Evang.: Theobald.) Emmendingen, Dienstag, 1. Juli 1919. (Kath.: Theobald) 64. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Reichswehrminister Noske hat aufgrund des Gesetzes über den Belagerungszustand jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengstoffen in den unter Belagerungszustand stehenden Gebieten untersagt und die Polizeibehörden insbesondere auf die scharfe Kontrolle der Verkehrsmittel hingewiesen.

Berlin, 1. Juli. Das „Berl. Tagebl." meldet aus Genf: Laut Meldung des Büros Europa Preß meldet der „Matin", daß in den Friedensvertrag eine Vorfrist eingefügt worden sei, wonach nicht nur die deutsche Nationalversammlung, sondern auch die preußische Landesversammlung und der bayerische Landtag den Vertrag an einem zu bestimmenden Zeitpunkt ratifizieren müssen.

Weimar, 1. Juli. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß man vor dem 21. Juli mit den Arbeiten zu Ende ist. Von August an werden im Reichstagsgebäude in Berlin die Kommissionsberatungen stattfinden.

WTB. **Hamburg**, 30. Juni. Von der Nachrichtenstelle des Detachements Lettow-Vorbeck wird erklärt, daß die von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, Bahrenfelder Truppen hätten geplündert und u. a. auch 30 000 M. aus einem Geldschrank geraubt, nicht zutreffend sei. Trotzdem werde eine Untersuchung darüber eingeleitet, um eventuell die Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen. Zu den übertriebenen Gerüchten über die Verhaftung von Regierungstruppen in Hamburg wird mitgeteilt, daß im ganzen nur 27 Gewehre abhanden gekommen seien, dagegen weder Maschinengewehre noch Minenwerfer oder Geschütze. Die Gerüchte, daß die Truppen ihren Führern die Gefolgschaft gegen Hamburg aufgesagt hätten, seien vollkommen unwahr. Außerdem wird die Bevölkerung vor Unbesonnenheiten gewarnt u. aufgefordert, sich den Anordnungen der Truppen auf den Straßen zu fügen, da der besondere Charakter des Straßenkampfes an sich eine Gefährdung des Publikums mit sich bringe. Insbesondere darf sich das Publikum den Truppen nicht mehr als auf 200 Meter nähern. Zum Schluß wird mitgeteilt, daß der Aufmarsch der Truppen des Generals v. Lettow-Vorbeck planmäßig vor sich gehe. Durch das Eintreffen von Panzerautos und Tanks habe die Operationskraft des Detachements erheblich zugenommen.

Berlin, 1. Juli. (Privattelegramm.) Nach der „Vossischen Zeitung" sollen die Truppen Lettow-Vorbecks Dienstag früh von drei Seiten her in Hamburg einrücken.

Zu den Friedensverhandlungen

WTB. **Paris**, 30. Juni. (Reuter.) Clémenceau richtete am 28. ein Schreiben an die türkische Delegation, in dem er mitteilt, daß die a. u. a. Mächte der türkischen Delegation für die der Friedenskonferenz unterbreiteten Mitteilungen dankten. Diese Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden; da sie jedoch internationale Fragen aufwerfen und eine sofortige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die a. u. a. Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unvermeidlich sei, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthaltes der Delegation in Paris zurzeit nichts gewonnen werde. Die a. u. a. Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu weiterem Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen, wovon sie sich günstige Ergebnisse versprechen.

Streikbewegung.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Das Betriebspersonal der Berliner Verkehrsunternehmungen hat sich mit einer großen Mehrheit für den Streik erklärt, sodaß Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmittel ist. Auch auf der Stadtbahn und den Vorortlinien steht die Einstellung des Verkehrs wegen Streik zu erwarten. Der Streik der Eisenbahner Groß-Berlins flackert ebenfalls wieder auf. Metall- und Holzarbeiter bereiten eine Sympathiekundgebung vor. In den Versammlungen streikender Eisenbahner wurde seitens des Streikkomitees u. a. geraten, auch die Kohlen- und Lebensmittelzüge nicht zu befördern.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Sämtliche Berliner Straßenbahnen und Untergrundbahnen sowie ein Teil derjenigen im Kreise Teltow haben beschlossen, morgen früh in den Ausstand zu treten.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Von der Streikleitung der Berliner Eisenbahner wird der „Freiheit" mitgeteilt, daß der in der Presse veröffentlichte Bericht über die Versammlungen der Eisenbahner am Sonnabend irreführend ist. In diesen Versammlungen ist noch nicht beschlossen worden, daß der Streik aufgehoben werden soll, im Gegenteil, es sei überall eine Resolution angenommen worden, die sich für die unverminderte Fortsetzung des Streiks ausspricht. Auch in der gestrigen Versammlung der Beamten im Zirkus Busch sei die Fortsetzung des Streiks beschlossen worden.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Nach allen Nachrichten wird der Verkehr morgen auf der Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn ruhen. Auch der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn sowie den Vorortstrecken wird sich nicht aufrechterhalten lassen.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. (Amtlich.) Trotz der Zusicherung der Organisationsleiter, nach der Aufhebung des Streikverbotes der Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, dauert die Arbeitsniederlegung an und wilde Streikposten halten die zur Arbeit Kommenden von der Aufnahme ihrer Tätigkeit ab. Höhnisch ist an manchen Stellen von den Streikenden erklärt worden, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl von Frauen und Kindern verhungere. Die allgemeinen Interessen werden in frivolster Weise vollständig von diesen wilden Streikern außeracht gelassen. Es wird Pflicht der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß unabsehbares Unheil von der Berliner Bevölkerung abgehalten wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Beachtung finden, ist angeordnet worden, daß jedem Versuch, den Eisenbahnverkehr weiter zu unterbinden und durch Terrorismus die Arbeitsaufnahme zu verhindern, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten ist.

Sonstige Meldungen.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Der Reichsverband deutscher Unteroffiziere hat anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Telegramm an alle Korpsverbände folgende Parole ausgegeben. Deutschland war gezwungen, einen Schmachfrieden zu unterzeichnen, und es muß Teile seines eigenen Volkes preisgeben, um nur völliger Vernichtung zu entgehen. Kameraden! Wir fordern auf, als äußeres Zeichen unserer Trauer sofort für 14 Tage Trauerflor anzulegen.

Berlin, 1. Juli. (Privattelegramm.) Der „Berl. Lokalanz." meldet: Die in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen, 1200 Offiziere und 3000 Mann, werden in der zweiten Hälfte des Juli nach Deutschland zurückbefördert werden.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa verläßt heute abend die Stadt und kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabwicklung der Geschäfte vor sich gehen soll. Nur Generalmajor Freiherr v. Hammerstein, der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt noch mit einigen Beamten zur Abwicklung der Geschäfte in Spaa zurück. Der englische Vorsitzende General Hankins ist bereits von Spaa abgereist. General Nudant dürfte wahrscheinlich heute folgen. Die vorläufige Weiterführung der sich aus der bisherigen Tätigkeit der Waffenstillstandskommission ergebenden Arbeiten werden die zwischen Frankfurt und Wiesbaden bestehenden deutschen u. alliierten Unterkommissionen übernehmen.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. (Amtlich). Der Kommunistenführer Herfurth, gegen den seit längerer Zeit ein Schutzhaftbefehl vorliegt, ist festgenommen worden.

WTB. **Budapest**, 30. Juni. Das Ungarische Korrespondenzbüro meldet: Im Sinne der Ententemächte haben wir den Rückzug auf die aufgezwungene Grenze heute vormittag 5 Uhr begonnen.

WTB. **Amsterdam**, 30. Juni. „Allgemeen Handelsblad" berichtet aus Paris, daß Lord Milner und der belgische Vertreter ein Uebereinkommen bezüglich Deutschostafrikas unterzeichnet haben. Belgien wird das Mandat für die Provinzen Ruanda und Urunday und Großbritannien das Mandat für den übrigen Teil der Kolonien erhalten. Diese Regelung ist wahrscheinlich nur eine vorläufige, da die endgültige Regelung bezüglich Zentralafrikas von allen dafür in Betracht kommenden Ländern, auch Portugal, getroffen werden muß. Das Uebereinkommen zwischen England und Belgien muß auch vom Viererrat gebilligt werden.

WTB. **Amsterdam**, 30. Juni. Laut „Times" erklärte der belgische Arbeiterführer Camille Huysman auf der Arbeiterkonferenz in Southport, es könne keinen Frieden geben solange Großbritannien das Recht hat, Kolonien zu besitzen und andere Länder dieses Recht nicht hätten, solange die Polen Deutschlands das Recht hätten, sich an Polen anzuschließen u. die Deutschen Oesterreichs sich nicht an Deutschland anschließen dürften, solange eine zeitliche Besetzung verschleierte Annektion bedeute, wie bei der Besetzung des Saarbeckens und solange man fordere, daß Deutschland bezahle, ohne daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werde.

WTB. **Amsterdam**, 30. Juni. Die „Times" berichtet aus Athen, daß dort die amtliche Meldung aus Konstantinopel eingetroffen ist, daß sich Mustafa Kemal Pascha, Befehlshaber einer Heeresgruppe und unlängst zum Inspekteur des anatolischen Heeres ernannt, an die Spitze einer gegen die zentrale Regierung gerichteten aufständischen Bewegung gesetzt habe. Sein Einfluß erstreckt sich über das gesamte Vilajet Brussa bis zur griechischen Besetzungszone. Der Kommandant des 17. Armeekorps hat sich dieser Bewegung angeschlossen. Eine Sonderkommission ist von Konstantinopel nach Anatolien gesandt worden, um die dortige Bevölkerung zu beruhigen. Die türkische Regierung hat Mustafa Kemal Pascha aufgefordert, nach Konstantinopel zu kommen; er hat sich jedoch geweigert, der Aufforderung Folge zu leisten.

WTB. **Paris**, 30. Juni. Der „Matin" teilt mit, daß der Sozialistenverband der Seine, der am Sonntag tagte, mit 6800 Stimmen bei zehn Enthaltungen eine Resolution annahm, die erklärt, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen sollen. Eine andere Resolution erklärt, daß die sozialistischen Delegierten am 14. Juli nicht den Siegesfeiern beiwohnen sollen. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreichs ein Trauertag. Den Sozialisten in den Behörden soll verboten werden, die Karten für den Anlaß zu verteilen. Eine dritte Resolution verlangt den Ausschluß von etwa 20 Mitgliedern, die für den Anschluß an die dritte Internationale eintraten.

Der „Matin" stellt fest, daß die Bewegung der Sozialisten immer größere Kreise ziehe, hebt aber hervor, daß Longuet die Delegierten ersucht habe, kaltes Blut zu bewahren. Er habe hervorgehoben, daß der letzte Parteitag sich gegen die dritte Internationale ausgesprochen habe. Frosrad teilte mit, daß die permanente Verwaltungskommission fest entschlossen sei, alle Mitglieder auszuschließen, die sich der dritten Internationale angeschlossen hätten.

WTB. **Stockholm**, 30. Juni. Wie „Nya Daglight Allehanda" berichtet, ist in diesen Tagen die erste Post für Schweden und Norwegen eingetroffen, die nicht von England zensuriert war. Es handelt sich jedoch nur um Pakete; denn mit Bezug auf die Briefpost behält sich England vorläufig das Recht der Zensur vor.

WTB. **Stockholm**, 30. Juni. Wie Branting aus Liverpool telegraphiert, hat der Kongreß in Southport mit großer Mehrheit den ausführenden Ausschuß beauftragt, mit dem Parlamentsausschuß der Gewerkschaften über Maßnahmen zur Beendigung des Krieges im Osten zu verhandeln, wobei man, falls nötig, auch zu industriellen Druckmitteln greifen will. — Nach der gleichen Depesche hat der Aktionsausschuß der Berner Konferenz Vorbereitungen für eine Konferenz in Luzern getroffen. Außerdem soll eine alliierte Sozialistenabordnung sofort nach Deutschland reisen, um die Lage dort zu untersuchen.

Zur Lage im Osten.

WTB. **Berlin**, 30. Juni. Das Kriegsministerium macht folgendes bekannt: Der Bevölkerung in den Ostprovinzen hat sich anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine große Erregung bemächtigt, die sich auf die Befürchtung gründet, daß die Grenzschutztruppen jetzt schon zurückgezogen werden und die Landesteile, die abgetreten werden sollen oder in denen es zu einer Volksabstimmung kommen soll, ohne militärischen Schutz bleiben. Demgegenüber wird ausdrücklich betont, daß der militärische Schutz im Osten bis zum ordnungsmäßigen Uebergang zu den im Friedensvertrag geschaffenen neuen Grundlagen bestehen bleibt.

WTB. **Berlin**, 27. Juni. (Amtlich). Die Behauptung, daß die Reichsregierung erklärt habe, sie werde sich einer etwaigen Kriegserklärung an die Polen durch die Reichskommissare Hersing und Winnig zwar offiziell widersetzen, inoffiziell aber fördern, ist bereits gestern auf das Nachdrücklichste als erfunden gekennzeichnet worden. Nunmehr erklärte auch der Reichskommissar Winnig, daß die Angelegenheit ihm völlig unbekannt sei. Er habe weder aus Berlin Hilfe erwartet noch sei ihm solche angeboten worden. Selbstverständlich werde er den Anweisungen der Reichsregierung folgen und nach Ratifizierung des Friedensvertrages zu dem von der Regierung bestimmten Zeitpunkt die Zurückziehung aus den abgetretenen Gebieten veranlassen. Bis dahin werde er allerdings die bisherige Grenze des Deutschen Reiches gegen willkürliche Einfälle der Polen verteidigen. Der Reichskommissar sagte ferner, daß er den bekannten Aeußerungen des Generals Hoffmann, auch gegen den Willen der Reichsregierung werde Widerstand geleistet, völlig fern stehe.

WTB. **Dirschau**, 30. Juni. Deutsche und polnische Bürger haben in einer gemeinsamen Versammlung gestern beschlossen, folgenden Aufruf an die deutsche und polnische Bevölkerung zu richten: Nachdem Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag der Entente angenommen haben, haben sich Vertreter der deutschen und polnischen Bevölkerung von Dirschau Kreis und Stadt vereinigt, um gemeinsam im Rahmen des Gesetzes für Ruhe und Ordnung und Sicherheit und das Gedeihen der gesamten Bevölkerung zu wirken. Es ist zu diesem Zweck eine Kommission von Vertretern beider Nationalitäten gebildet worden, die die weiteren Schritte unternehmen wird.

Die Aalandsinseln stimmen für Schweden.

WTB. **Stockholm**, 29. Juni. Laut „Svenska Dagbladet" hat die Abstimmung auf den Aalandsinseln zu folgendem Ergebnis geführt: 94,4% der mündigen Bevölkerung stimmten für den Anschluß an Schweden. — Die schwedische Presse fordert unter Hinweis darauf, daß dies die drückende Mehrheit darstelle, erneut, daß der Wunsch der aaländischen Bevölkerung erfüllt werde.

Vom Rückzug der Franzosen aus der Frankfurter Gegend.

Unter gewaltigem Truppenaufwand hatten die Franzosen die Vorbereitungen zum Einmarsch ins besetzte Gebiet getroffen. Alle Dörfer und Städte in der 30-Kilometer-Zone starrten von Waffen, Soldaten aus allen Weltteilen gaben sich vor Frankfurts Toren ein Stelldichein, selbst Eingeborenentruppen aus der deutschen Kolonie Kamerun, die vorzüglich deutsch sprachen, waren unter dem Gewimmel. Vorsichtshalber hatte man diesen gepreßten Soldaten keine Patronen in die Hände gegeben, da die Leute — sie lagen in Zeilsheim in Quartier — unverhohlen ihrer Meinung über Frankreich Ausdruck gaben. Kurz nach 6 Uhr begann auf der Straße Frankfurt—Mainz der Rückmarsch

auf Mainz. Ein furchtbares Durcheinander, das jeder Beschreibung spottet, ein entsetzlicher Vernichtungstaumel raste mit einemmale durch die Soldaten. An den Landstraßen hieb man die Bäume um und schmückte Roß, Geschütz u. Mann mit dem Gezweig. Die Obstbäume in den Gärten sanken dahin, kein Blumenstock, kein Gemüsebeet, keine Weinranke blieb verschont, Obstgärten in Dorf und Stadt gleichen heute verheerten Schlachtfeldern. Aus einer Gärtnerei in Sossenheim stahl die Soldateska das letzte Blümlein. Der Niederwald bildet eine einzige Wüstenei, so furchtbar hausten die Senegalneger in ihm. Der Höchster Stadtpark gehört der Vergangenheit an. Korn- und Kartoffelfelder gab es für 1919 im Gebiet der Rückzugsstraße einmal. Auf den Eschhorner Wiesen treibt man Sport.

Furchtbar ließ man vereinzelt seinen „Sieger-Uebermut auch an Haus und Hof aus. Ein jüdisches Kinderheim in Soden wurde seiner Einrichtung beraubt. Tausende von Fensterscheiben fielen allerorten am Montag zu Boden; die Täter waren trunkene Soldaten ohne jede Manneszucht; Mißhandlungen waren gang und gäbe. Wehe dem Mädchen, das sich auf der Straße blicken ließ . . .

In Höchst a. M. kam es, da hier drei Wege in die allgemeine Rückzugsstraße einmündeten, zu unentwirrbaren Knäueln und Stockungen schlimmster Art. Stundenlang währte es, ehe einigermaßen Ordnung in das Chaos kam. Es schien, als ob sich die Reste eines bis zur Vernichtung geschlagenen Heeres rückwärts flüchteten. Der Rückmarsch der Franzosen nach Mainz am 23. Juni war ein Musterbild glänzendster Unordnung und Undisziplin.

Wie nun bekannt wird, haben sich die Franzosen am Montag in Rödelheim gröbliche Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung zuschulden kommen lassen. Im Parkrestaurant drangen die Soldaten in den Weinkeller ein. Sie hatten schon zwei Türen gesprengt; als sie die letzte sprengen wollten, wurden sie mit Gewalt am weiteren Eindringen gehindert. Dann stahlen sie aus dem Restaurant Tisch- und Bettwäsche, sowie Silbergeschirr in erheblichen Mengen; auch den Biervorräten sprachen sie wacker zu. Dem Wirt Gevecke erklärten sie, daß von 7 Uhr abends ab das Plündern erlaubt sei. Die Soldaten versuchten dann, dem Wirt gewaltsam die goldene Taschenuhr, die goldene Kette und eine Krawattennadel zu entreißen. Mutwillig fuhren die Tanks auf die Bürgersteige mitten in die Menge hinein; besondere Freude bereitete es den Fahrern, wenn sie die großen Laternenpfähle glatt am Boden abrasieren oder die kleinen Haustreppen zertrümmern konnten.

Vandalismus der Franzosen in Kehl.

WTB. **Karlsruhe**, 30. Juni. Nachdem die Franzosen am Montag, den 23. Juni, an welchem Tage die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Frage stand, nächtlicherweile vergeblich versucht hatten, das im ehemaligen Dorfe Kehl befindliche Kriegerdenkmal zu zerstören, haben die Franzosen nunmehr in der Nacht vom 28. zum 29. das eherne Denkmal zu Fall gebracht, indem sie das Standbild mit Tauen vom Sockel herunterrissen. Die Einwohner konnten die Untat leider nicht verhindern, da es ihnen bei Strafe verboten ist, zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens ihre Wohnung zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen die von ihnen in Haft genommenen richterlichen Beamten, die gegen den Hochverräter Hompa vorgegangen waren, in geradezu empörender Weise behandeln. Die Herren werden nach zuverlässigen Nachrichten in strenger militärischer Haft bei schlechtester Verpflegung gehalten.

Der Eisenbahner- und Verkehrsstreik in Berlin.

Die völkerrechtswidrigen Uebergriffe im Hanauerland.

oc. **Karlsruhe**, 29. Juni. Die völkerrechtswidrigen Uebergriffe der Franzosen im Brückenkopf Kehl scheinen sich fortzusetzen. Bekanntlich haben die Franzosen 3 richterliche Beamte in Kehl verhaften lassen, die die Verhaftung des Hochverräters Hompa in Legelshurst betrieben. Es sollen nämlich neuerdings zwei Gendarmen in Kork ebenfalls von den Franzosen festgenommen worden sein. Offenbar besteht die Absicht, den Treibereien der hochverräterischen Kreise im Kehler Brückenkopf dadurch freie Bahn zu schaffen, daß das vom ganzen deutschen Volk geforderte Vorgehen gegen die Hochverräter durch Inhaftierung der damit befaßten Justizorgane lahm gelegt wird. Die Entrüstung über das völkerrechtswidrige Verhalten der Franzosen ist allgemein, die badische Bevölkerung insbesondere unterstützt lebhaft die Bitte der bad. Regierung an die Reichsstellen, gegen die Uebergriffe energisch zu protestieren und die Haftentlassung der Beamten herbeizuführen.

Badischer Landtag.

Die Sozialisierung und die Universitätsreform in Baden.

oc. **Karlsruhe**, 28. Juni. Der bad. Landtag führte gestern vormittag die Besprechung der sozialdemokr. Interpellation über die Sozialisierung in Baden zu Ende. Abg. Dr. Schofer (Ztr.) führte aus, durch die Debatte sei die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Frage der Sozialisierung gelenkt worden. Man müsse aber einsehen, daß es mit Wirtschaftsgesetzen allein nicht getan ist. Alle Sozialisierung könne nichts daran ändern, daß diese Welt kein Paradies ist. — Abg. Kart (D.-N.) befaßte sich u. a. mit dem Pachtverhältnis und bemerkte, die Pächter befänden sich in ihren Pachtverhältnissen sehr wohl. — Abg. Dr. Gothein (Dem.) wandte sich gegen die Theoretisiererei des Ministeriums Rückert über Marx und bemerkte, vor lauter Theorie sehe man die Wirklichkeit nicht, die sich in dem politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Abgrund vor uns auftue. — Damit war die Rednerliste erschöpft und Dr. Kraus (Soz.) erhielt als Interpellant das Schlußwort. Er führte dabei u. a. aus, nur eine wirtschaftl. Neugestaltung könne heute Besserung bringen. Man müsse dem arbeitenden Volk entgegenkommen und die Sozialisierung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch durchführen. Damit war dieser Gegenstand erledigt.

Es folgte die Interpellation über die Reform der Universitätsverfassung, die von Abg. Dr. Koenigsberger (Soz.) begründet wurde. In seinen Ausführungen forderte der Redner, daß auch den weniger Bemittelten die Möglichkeit des Universitätsstudiums gegeben werde. Die Sichtung der Studierenden dürfe nicht nach dem Geldbeutel, sondern nach der Fähigkeit erfolgen und an den Minderbemittelten müsse die Laufbahn des Dozenten eröffnet werden. Des weiteren verlangte der Interpellant eine paritätische Besetzung der Lehrstühle und denjenigen Fächern, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, eine Verminderung der Kosten für die Doktorpromotionen und eine Reform der wirtschaftlichen Verhältnisse der Professoren. — In der Nachmittagssitzung wurde die Besprechung fortgesetzt.

oc. **Karlsruhe**, 28. Juni. Der bad. Landtag setzte in der Sitzung am Freitag nachmittag die Besprechung der sozialdemokr. Interpellation über die Reform der Hochschulverfassung fort. In der Beantwortung der Interpellation erklärte sich der Minister des Kultus- und Unterrichts Hummel damit einverstanden, daß eine Reform im Universitätswesen in Angriff genommen werden muß und ebenso dafür zu sorgen, daß auch Unbemittelten die Möglichkeit gegeben wird, das Hochschulstudium ergreifen zu können. Notwendig sei vor allem, eine Reform der Rechtsverhältnisse der Studierenden, da die jetzigen Bestimmungen aus dem Jahre 1868 stammen und veraltet sind. Augenblicklich werden von den Hochschulen dem Unterrichtsministerium Vorschläge gemacht. Nötig scheine, den Studenten selbst eine erhöhte Mitwirkung im Rahmen des Verwaltungskörpers der Universitäten zu gewähren. An die Frage der Abschaffung der Kollegiengelder könne Baden für sich allein nicht herantreten; das könne nur für das ganze Reich gleichmäßig geschehen. In seinen weiteren Ausführungen zeigte sich der Minister auch damit einverstanden, daß Unbemittelten der Weg zum Beruf des Hochschullehrers durch Stipendien, Staatsaufträge usw. ermöglicht wird, der Charakter des freien Berufs müsse aber immer gewahrt bleiben. Für die bessere Bezahlung der Assistenten seien schon Maßnahmen getroffen. Minister Hummel teilte dann im folgenden mit, daß, während die Universitäten Heidelberg und Freiburg schon neue Hochschulstatuten veröffentlicht haben, die Karlsruher Hochschule die neue Fassung demnächst in Kraft setzen wird. Mit den bis jetzt getroffenen Maßnahmen sei die Reform der Zustände an den Universitäten nicht abgeschlossen, immerhin habe aber Baden jetzt die liberalste Universitätsverfassung im deutschen Reiche. Der Forderung der Interpellation, daß an den Universitäten jede Professur nach den in Betracht kommenden Weltanschauungen besetzt werde, stimmte der Minister nicht zu. Entscheidend bei der Berufung müsse die Wissenschaftlichkeit des Kandidaten sein. In seinen Schlußworten warnte der Minister vor weiten Spezialisierungen in den Ordinariaten und sagte zu, die Volkshochschulen in jeder Weise zu unterstützen.

In der Aussprache über die Interpellation begrüßte Abg. Dr. Gothein (Dem.) die stärkere Heranziehung der Studentenschaft. Einen Gegensatz zwischen ihr und den Lehrern gebe es nicht; es herrsche hier das Verhältnis der Freundschaft und des Vertrauens. Nicht die Konfession, sondern allein die Tüchtigkeit müsse bei einer Berufung ausschlaggebend sein. Bei den Volkshochschulen muß die Mitwirkung der Arbeiter gewahrt bleiben. Der Redner schloß, wenn ein Verständnis der Völker angestrebt werde, so sei das vorläufig nur auf dem Gebiet des Geisteslebens möglich. — Abg. Dr. Schofer (Ztr.) bezeichnete die Reformbewegung an den Universitäten als durch die Staatsfinanzen begrenzt. Redner wandte sich gegen die Auswüchse im Studententum, gegen die Trinkunsitten und die Mensuren und forderte, daß bei Berufungen künftig weder politische noch religiöse Anschauungen maßgebend sein dürfen. Dringend notwendig sei eine Reform im Besoldungswesen der Professoren, damit die Privatdozenten nicht darben müssen. — Am Dienstag vormittag 9 Uhr wird die Aussprache fortgesetzt.

Vermischte Nachrichten.

München, 30. Juni. Das Kruppwerk in München geht morgen in Liquidation. Die Schließung des Werkes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen Vertriebes, nachdem das Werk in fünf Monaten drei Millionen Ausgaben gehabt und nur für 300 000 Mark Werte erzeugt hatte. Die Amerikaner hatten sich für gesellschaftliche oder eigene Uebernahme des Kruppschen Werkes in München interessiert. Die Verhältnisse sind aber so ungünstig geworden, daß daran nicht mehr gedacht wird.

Aus Baden.

oc. **Karlsruhe**, 28. Juni. Die Polizei entdeckte in einer Wohnung hier ein umfangreiches Lebensmittellager und verhaftete die Familie, da sie sich der Wohnungsdurchsuchung widersetzte.

oc. **Mannheim**, 28. Juni. Beim Schmuggel einer Kanne Oel ist der 24jähr. Taglöhner Franz Fromm von Ludwigshafen im Rhein ertrunken.

oc. **Mannheim**, 30. Juni. Als am Freitag früh die christlich Organisierten bei der Firma Brown, Boveri u. Cie. die Arbeit wieder aufnehmen wollten, erklärten die Führer der radikalen Arbeiterschaft, daß sie nicht mit ihnen zusammen arbeiten werden. Da weitere Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, erklärte die Direktion, daß sie die Angelegenheit als Streik betrachte. Die Betriebe wurden geschlossen. Die Streiktage werden nicht bezahlt. — Da in den letzten Tagen die Ruhe hier nirgends gestört wurde, hat ein Teil der Truppenverstärkungen die Stadt wieder verlassen. — Die Strafkammer hatte sich in vergangener Woche abermals mit dem Putsch vom 22. Februar zu befassen und zwar hatten sich sechs Personen, darunter auch eine Fabrikarbeiterin, wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Die Angeklagten erhielten vier- bis siebenmonatige Gefängnisstrafen.

oc. **Weinheim**, 30. Juni. Der schwere Raubmord, der am 1. März von einer achtköpfigen Verbrecherbande an dem Hofbesitzer Ad. Helfrich in Rimbach verübt worden war, fand vor dem Darmstädter Schwurgericht seine Sühne. Die Verbrecher hatten den bejahrten Helfrich ermordet, weil er ihnen nicht freiwillig Lebensmittel geben wollte und hatten dann die Wohnung ausgeplündert. Von den Mördern waren die gefährlichsten, der Artist W. Biganoski und der Taglöhner And. Eitelwein, bei ihrer Flucht über die Schweizergrenze erschossen worden. Von den Angeklagten wurden drei zu je 15 Jahren Zuchthaus, die übrigen zu Zuchthausstrafen von 2—11 Jahren verurteilt.

Lahr, 30. Juni. Die Abrechnung des Kommunalverbandes Lahr-Stadt für 1918 weist einen Reingewinn von 29 748 Mark auf. Bei einem Umsatze von über 7 Millionen bei der Gesamtabrechnung ergibt sich ein Gewinn von noch nicht 1 Prozent.

Singen a. H., 30. Juni. Hier wurde ein Expreßgutstück beschlagnahmt, das von einem Handelsmann aus Randegg aufgegeben war und das Verdacht erregt hatte. Es enthielt 17 Pfd. Ziegenfleisch. Außerdem wurden noch 13 400 Stumpen u. 3600 Zigarren mit Beschlag belegt.

Singen, 30. Juni. Die „Singener Zeitung" berichtet folgendes Geschichtchen: In einem bekannten Orte an der Aach zieht der Herr Bürgermeister für die Versorgung immer die höhere Einwohnerzahl mit der Zahl 1200 an, obschon da in Wirklichkeit nur noch ca. 900 Einwohner sind. Infolgedessen war die Stimmung für die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters durchgreifend. Die „Singener Zeitung" empfiehlt das obige Rezept allen den Bürgermeistern, die das Gefühl haben, daß sie nicht mehr fest im

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

54) (Nachdruck verboten.)

„Wir trinken auf dein Wohl, Krabbe!" rief der Oberförster froh gelaunt, „hast du endlich ausgeschlafen?"

Erich Berger verneigte sich vor ihr.

„Meinen untertänigsten Glückwunsch, gnädiges Fräulein!"

Seine Stimme klang spröde und mit einem messerscharfen, verächtlichen Blick suchte er ihr Auge, das scheu am Boden irrte.

Und dann sah er sie nie mehr an.

Traf er sie, glitt sein Blick bei seinem höflichen Gruß an ihr vorbei. Sie fühlte seine Verachtung und sie litt darunter, trotzdem sie es sich nicht eingestehen wollte.

Wenn er ihr Vorwürfe gemacht, sie zur Rede gestellt hätte, sie wäre nicht um Ausreden und Entschuldigungen verlegen gewesen, aber dieses verächtliche Schweigen — sie ertrug es nicht. Das konnte sie nicht mit einem Achselzucken abtun, mit einem leichtfertigen: „Bah, was kümmerts mich noch!" — Er muß doch einsehen, daß ich einen Unterförster mit eintausenddreihundertundfünfzig Mark Gehalt nicht heiraten kann! — Das wiederholte sie sich täglich. — Und wenn er es nicht begreifen will, kann ich ihm auch nicht helfen! Ich kann mich doch nicht lächerlich vor der Welt machen!

Aber ihr Herz schrie nach ihm. Mit Widerwillen duldete sie die Küsse ihres Verlobten, seine Zärtlichkeiten. Mit jedem Tag wurde er ihr unangenehmer. War sie denn ganz von Sinn gewesen, daß sie sich so schnell hatte einschüchtern lassen?

Wie ein wüster Traum kam ihr das alles manchmal vor; sie glaubte noch an frohes Erwachen, wenn sie erwartungsvoll und sehnsüchtig den Wald durchschritt, um den Geliebten zu treffen und Gruß und Kuß mit ihm auszutauschen. . . .

Sie suchte Erich Bergers Wege zu kreuzen; sie wollte ihn sprechen, ihm alles erklären — eher fand sie keine Ruhe. Doch er beachtete sie nicht; fremd und kalt ging er an ihr vorüber, so daß ihr im letzten Augenblick der Mut sank; das sonst so kecke Zünglein versagte.

Da stampfte sie den Boden, krampfte die Hände in ihr Kleid und schluchzte zornig auf. Sie sah mit sehnsüchtigen Augen seiner schlanken, stolzen Gestalt nach.

Erich Berger wußte sich gut zu beherrschen; keiner, und Jutta am allerwenigsten, durfte ahnen, was er in sich niederzukämpfen hatte.

Der Oberförster sprach manchmal zu ihm von dem Brautpaar; wie schwer er sich an den Gedanken gewöhne, die Tochter fortzugeben. Ostern oder Pfingsten nächsten Jahres sollte die Hochzeit sein — man wollte die Beförderung Hellwigs zum Oberleutnant noch abwarten.

Also beinahe noch ein Jahr!

Erich preßte die Lippen fest aufeinander. Noch ein Jahr — — aber er würde das auch noch überstehen. . . .

Einen Augenblick hatte er erwogen, sich versetzen zu lassen, aber dann hatte er doch den Gedanken gleich wieder verworfen. Es hätte nur Befremden hervorgerufen! Und sein Stolz gab es auch nicht zu, vor einem treulosen Mädchen zu fliehen.

Jeden zweiten Sonntag kam Max von Hellwig, die Braut zu besuchen, oft im Glanze der Uniform, die seine Erscheinung vorteilhaft hob.

Und Jutta war lebhaft, heiter, witzig wie immer, aber einem aufmerksamen Beobachter wäre es nicht entgangen, daß das alles nicht ganz echt war, da ein fremder Ton mitschwang, der nicht zum Ganzen stimmte. Und in den Rehaugen lag ein fiebriger, unruhiger Schein.

Sie mußte Erich Berger sprechen. Der Gedanke verzehrte sie beinahe; immer mehr verbiß sie sich hinein. Sie konnte seine Verachtung nicht länger ertragen. . . . Eines Vormittags, als er aus der Oberförsterei kam, fand sie wieder Gelegenheit, ihm zu begegnen. Nach einem höflichen, stummen Gruß wollte er an ihr vorbeigehen. Doch sie stellte sich ihm in den Weg.

„Erich!"

Wie ein Hauch fiel sein Name von ihren Lippen — er hatte ihn aber doch gehört. Sein gebräuntes Gesicht wurde ganz fahl.

„Erich!" Sie legte die Hand auf seinen Arm und hinderte ihn so am Weitergehen.

„Was will die Braut des Barons von Hellwig von mir?" fragte er eiskalt und trat einen Schritt zurück, so daß ihre Hand von seinem Arm glitt. Hochaufgerichtet stand er vor ihr, und verächtlich blitzten seine Augen auf sie herab.

„Nicht diesen Ton — ich bitte."

„Und ich bitte, gnädiges Fräulein, daß Sie mir den Weg freigeben!" entgegnete er mit schneidender Stimme. „Sollten Sie wirklich noch ein Anliegen an mich haben, so sprechen Sie mit mir im Hause Ihrer Eltern. Hier ist wohl nicht der richtige Ort."

„Erich!" Wie von einem Peitschenhieb getroffen, war sie zusammengezuckt — „wie kannst du so grausam sein? — Ohne ein gutes Wort. So lasse dir doch sagen — —" Sie wußte kaum, daß sie ihn noch mit dem alten, traulichen „du" anredete. Sein Lachen unterbrach sie.

„Was hat mir die zukünftige Frau von Hellwig noch zu sagen? Wie kann sie mir den Vorwurf der Grausamkeit machen?"

„Weil ich dir immer schon habe sagen wollen, warum ich mich verloben mußte — doch du wichest mir aus."

„Ich verzichte auch heute auf jede Erklärung, denn keine würde mir einen genügenden Grund für Ihre feige und erbärmliche Handlungsweise geben können."

Da rief sie zornig und drohend: „Erich, wäge deine Worte!"

Er zuckte die Achseln. Ein grimmiges Lächeln flog um seinen Mund.

„Ich habe nicht diese Unterredung gesucht, und — erzwungen! — Doch das eine will ich Ihnen noch sagen, Jutta von Eggert: Ich verachte Sie aus tiefster Seele. Diese Verachtung wird mir auch helfen, meine törichte Liebe ganz aus dem Herzen zu reißen."

Da schrie sie schmerzlich auf, aber mitleidslos fuhr er fort, indem er zornig auf sie herabsah:

„Ja, Jutta, du warst mir das Höchste, das Heiligste — warst die Sonne in meinem Leben, das arm genug an Freuden ist. Und du selbst hast den Altar, den ich errichtet habe, zerstört. Kein Gott kann wieder aufrichten, was du so leichtfertig vernichtet hast! Zuerst glaubte ich, daß ich's nicht ertragen könnte — da dachte ich daran", er schlug auf seinen Gewehrkolben. Sie stöhnte auf und warf einen scheuen Blick auf ihn, wagte, nach seiner Hand zu fassen, doch er schob sie unwillig hinweg. „Ja, daran habe ich gedacht — dann aber sagte ich mir: um ein schlechtes Weib —? Nein! Du bist ein Mann, komme drüber weg! — Und ich bin drüber weg gekommen —" sprach er, den Mund verziehend, mit einem tiefen Atemzuge.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Breisgau und Umgebung.

× **Emmendingen**, 1. Juli. Von heute ab werden Freimarken zur Erinnerung an die deutsche Nationalversammlung 1919 — sogenannte E-Marken — zu 10, 15 und 25 Pfg. bei den Postanstalten verkauft. Die E-Marken, deren Abgabe für beschränkte Zeit nur auf besonderes Verlangen erfolgt, haben nur im Innern des Reichs, nicht aber nach dem Ausland Gültigkeit. Zunächst werden sie an jeden Käufer in kleinerer Zahl, etwa bis zu zehn Stück von jeder Art, später — sobald ein hinreichender Vorrat vorhanden ist — in beliebigen Mengen abgegeben. Die Postanstalten nehmen aber Bestellungen auf größere Mengen schon jetzt an.

× **Emmendingen**, 1. Juli. Wie schon kürzlich gemeldet, wurde bei einer hier abgehaltenen Gauturnratssitzung des Breisgauer Turngaues beschlossen, die geplante Gauturnfahrt auf die Hochburg in ein Gauturn- und -Spielfest umzugestalten, das in Emmendingen am 24. August ds. Js. abgehalten wird. Die Beteiligung der Spielmannschaften ist eine ziemlich starke und der Raum auf der Hochburg ein sehr beschränkter. Beschlossen wurde ferner ein Mannschaftswettkampf in drei Teilnehmerklassen (Steinstoßen, Weitsprung ohne Brett, 100-Meter-Lauf), für Jungmannen dieselben Uebungen, jedoch anstatt Steinstoßen Kugelstoßen. Höchstleistungen aus diesen 3 Uebungen zusammen werden bis zu einer gewissen Punktzahl als Einzelpreise anerkannt und mit einem Kranz belohnt. Zum Austrag der Gaumeisterschaft haben sich gemeldet 24 Faustball-Mannschaften, darunter 6 in der A-Klasse, 6 Tamburin-, 4 Schlagball- und 6 Fußball-Mannschaften sowie 5 Tamburin-Damenabteilungen. Die Vorspiele für alle Spielarten beginnen voraussichtlich am Sonntag, den 6. Juli; jede Mannschaft spielt einmal gegen die andere. — Der Turnrat des hiesigen Turnvereins beschäftigte sich am letzten Samstag in einer Sitzung mit den Vorbereitungen für das Fest, dem ein mit der jetzigen ernsten Zeit in Einklang zu bringender würdiger Rahmen gegeben werden soll.

oc. **Mit dem Monat Juli**, der heute seinen Anfang nimmt, hebt die zweite Hälfte des Jahres an. Seinen zweiten Namen Heumond hat der neue Monat nicht ganz zu Recht, denn der größte Teil der Heuernte ist bereits im verflossenen Monat eingebracht worden. Im Juli rüstet man sich allgemein zu der Roggen-, Weizen- und Hafernte. Die Witterung spricht dabei viel mit. Anhaltend heiße Tage können die Ernte außerordentlich beschleunigen, sodaß die Landwirte kaum zu einer Ruhepause kommen. Aber auch fortwährend Regen ist in dem Reisemonat Juli nicht erwünscht, denn er kann die Erntearbeit stark verzögern, ja sogar gute Aussichten vernichten. Mit dem Juli begann in früheren Jahren die große Reisezeit. Die Sommerfrischen hatten Hochsaison. Damit ist es aber auch in diesem Jahr nichts, denn die meisten Kurorte Badens haben bis 15. Juli eine vollständige Fremdensperre angeordnet und auch späterhin werden nur wirklich Erholungsbedürftige Aufnahme finden. Der Lebensmittelmangel ist an diesen Einschränkungen schuld. Die Bauernregeln sagen vom Juli: Hundstage hell und klar, deuten auf ein gutes Jahr; werden Regen sie bereiten, kommen nicht die besten Zeiten.

Postalisches. Der Krieg mit seinen Folgen hat auch im Verkehrsleben gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Ein Merkmal hierfür ist u. a., daß die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln heute infolge Einschränkung des Eisenbahngüter- und Frachtverkehrs zu einem großen Teil mit der Post in Postpaketen erfolgt. In der Annahme, eine beschleunigtere Beförderung zu erreichen, werden die Sendungen häufig mit der Aufschrift „Durch Eilboten" versehen. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu. Unterwegs werden die Eilbotenpakete vielmehr zusammen und vermischt mit den anderen Paketen befördert. Erst am Bestimmungsort werden sie besonders ausgeschieden und durch Eilboten bestellt. Die unrichtige Auffassung des Begriffs der Eilbotenbeförderung bringt es mit sich, daß die als Eilsendung gekennzeichneten Pakete sich in außerordentlichem Maße häufen. So sind von den 50 000 in Berlin täglich eingehenden gewöhnlichen Paketen reichlich 11 000 Stück als durch Eilboten zu bestellen bestimmt, d. h. etwa 100 gefüllte Paketbestellungen. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Massenverkehr zur Beeinträchtigung der Einzelsendung führt und daß vielfach Fälle eintreten, in denen die Eilpakete nicht früher in die Hände der Empfänger gelangen, als gewöhnliche. In anderen Großstädten sind die Verhältnisse ähnlich. Das Publikum täte gut daran, das teure Eilbestellgeld zu sparen. — Bei dieser Gelegenheit sei eine zweite irrtümliche Auffassung erwähnt, die sich vielfach in der Oeffentlichkeit zeigt. Häufig werden Pakete unfrankiert oder mit Nachnahme belastet abgesandt, weil das Publikum annimmt, sie erführen dann eine Vorzugsbehandlung. Auch dies ist eine falsche Voraussetzung; namentlich die Nichtfrankierung verlangsamt die Behandlung der Pakete sehr erheblich, da Verrechnung und Einziehung des Portos Zeit erfordern, die für das frankierte Paket wegfällt. Es kann deshalb dem Publikum nur dringend geraten werden, von der Versendung seiner Pakete „durch Eilboten", „mit Nachnahme" oder „unfrankiert" lediglich dann Gebrauch zu machen, wenn dies nicht zu umgehen sein sollte.

♧ **Aus dem Schulkreis Emmending**, 30. Juni. Infolge des durch das neue Gesetz erreichten Alters treten auf 1. Oktober folgende Lehrer in den Ruhestand: die Oberlehrer Mich. Manger in Denzlingen, Stefan Kurz in Grafenhausen, Emil Eckert in Kippenheim; die Hauptlehrer August Götz in Niederhausen und Friedrich Heckmann in Denzlingen.

⊙ **Weisweil**, 30. Juni. Am vergangenen Sonntag bewegte sich ein großer Trauerzug nach dem Friedhof. Die Hauptlehrerin Berta Lotsch wurde zu Grabe getragen. Ueber acht Jahre wirkte sie hier segensreich. Die schwere Berufsarbeit während des Krieges zerrüttete ihre Gesundheit. Ein halbes Jahr lag sie krank, wissend, daß nur der Tod Heilung bringen konnte. — Sie wirkte im Stillen, wie ihr ganzes Wesen einfach und still war. Ihre großen Verdienste um Schule und Gemeinde werden hier nie vergessen werden. Pfarrer Boeckh, Oberlehrer Schäfer, der Vorsitzende der Lehrerkonferenz, Bürgermeister Nübling rühmten die Kraft ihrer Persönlichkeit und dankten der Verstorbenen für all das Liebe und Gute, das sie getan. Die Schulkinder und der Kirchenchor sangen die letzten Scheidegrüße. Unzählige Kränze und Blumen wurden am Grabe niedergelegt. — Viel zu früh ist die gute Lehrerin von uns gegangen, doch liegt eine ganze Lebensarbeit hinter ihr. Mögen die Samenkörner, die sie in die Kinderherzen pflanzte, reiche Früchte bringen. Sie ruhe im Frieden!

♂ **Ettenheim**, 20. Juni. Auf der Tagesordnung der Bezirksratssitzung am Donnerstag, den 3. Juli, vormittags 9 Uhr, stehen folgende Fälle: I. Oeffentliche Sitzung: 1. Gesuch des August Steiger in Ringsheim um Genehmigung zur Anlage einer Seilerei und Haarspinnerei, hier Errichtung eines Lager- und Arbeitsraumes. 2. Gesuch des Metzgers und Wirts Rudolf Kollofrath in Münchweier um Genehmigung zur Anlage einer Schlachtstätte mit Verkaufsraum in Münchweier. 3. Gesuch des Wirts Johann Bosch in Rust um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft zum Ochsen in Rust. 4. Gesuch des Georg Keller in Kippenheim und Josef Kiefel in Ettenheimmünster um Entschädigung für Seuchenverluste. II. Nichtöffentliche Sitzung: 1. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. 2. Bezirkspolizeiliche Vorschrift über Rittmattenwässerung. 3. Familienunterstützungen. 4. Verschiedenes.

Freiburg i. Br., 30. Juni. Der Kreisversammlung ist eine Vorlage zugegangen zwecks Errichtung eines Mittelstands-Erholungsheims und die spätere Erstellung einer Tuberkulose-Heilstätte. Das Rote Kreuz in Freiburg hat für den ersteren Zweck 800 000 Mark und für den letztgenannten 200 000 Mark zur Verfügung gestellt, was dem Kreis ermöglicht, den beiden Projekten näherzutreten.

Freiburg i. Br., 30. Juni. Auf den freigewordenen Lehrstuhl der Geographie ist Professor Dr. Karl Theodor Sapper in Würzburg in Aussicht genommen. Der freiwerdende Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur ist dem a. o. Professor Dr. Theodor Frings in Bonn angeboten worden.

♧ **Buchholz**, 30. Juni. Bei der Gemeinderatswahl erhielten das Zentrum 5, die Sozialdemokraten 1 Sitz. Es sind gewählt die Herren: Xaver Burger, Karl Raitsch, Friedrich Schill, Albert Zimmermann, Wilhelm Krämer und Alois Meier; die ersteren zwei gehörten bisher dem Gemeinderatskollegium an.

♧ **Buchholz**, 30. Juni. Von den verpachteten herrschaftlich. Weihermatten wurden nachts mehrere Wagen Heu, die auf Schochen lagen, gestohlen. Es trifft das mehrere kleine Landwirte, die das Heugras teuer gepachtet haben.

♧ **Waldkirch**, 28. Juni. Der seit 12 Jahren hier beim Bezirksamt angestellte Oberverwaltungssekretär, Herr Kaiser, beging gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum. Herr Kaiser ist ein hier allgemein geachteter Beamter, seinen Mitarbeitern ein Vorbild treuer Pflichterfüllung.

♧ **Waldkirch**, 28. Juni. In Ueberlingen starb in den letzten Tagen Herr Gewerbeschulrektor Schwab. Derselbe war in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Gewerbelehrer hier und zwar der erste an dieser Anstalt. Er ist auch Mitbegründer des Gewerbevereins und von demselben zum Ehrenmitglied ernannt worden. Schwab war mit einer Waldkircherin verheiratet und stand daher immer in Fühlung mit hiesiger Stadt.

♧ **Vom Fuße des Kandels**, 28. Juni. Die Heidelbeeren versprechen heuer eine gute Ernte. Die Sträuche haben gut verblüht und angesetzt; nach jetzt eingesetztem Regen können die Beeren gut reifen.

♧ **Elzach**, 28. Juni. Die am letzten Sonntag abgehaltene Gemeinderatswahl soll von der sozialdemokratischen Partei angefochten werden.

♧ **Elzach**, 30. Juni. Die Bürgermeisterwahl findet hier am 6. Juli statt. Man hofft, daß der bisherige, allgemein beliebte Bürgermeister, Herr Pfaff, glänzend wiedergewählt wird.

Eingesandt.

Für Mitteilungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

♧ **Heimbach**, 30. Juni. Am 9. ds. Mts. fand auch in hiesiger Gemeinde die Wahl des Gemeinderats statt, wobei von zwei Parteien drei Vorschlagslisten eingereicht wurden. Die eine Partei stellte zwei Vorschlagslisten auf, um die richtigen Kandidaten für sich zu gewinnen. Von der zweiten Partei wurde Vorschlagsliste III aufgestellt und durch einen Wahlaufruf die Wähler und Wählerinnen zur Wahl aufgefordert. Von Kandidaten und Agitatoren für die Vorschlagsliste I wurde nun während des Gottesdienstes der gedruckte Wahlaufruf von ihren Plätzen weggerissen und dafür von ihnen geschriebene angebracht. Als dies die Leute sahen, ging eine große Zahl Wähler und Wählerinnen in voller Begeisterung mit der Vorschlagsliste III zur Wahlurne, sodaß mit großer Stimmenmehrheit 4 Kandidaten daraus hervorgingen. Es wurden somit als Gemeinderäte gewählt: Von Vorschlagsliste I: Andreas Rieder, Schreiner; von Vorschlagsliste II: Ant. Schleer, Landwirt; von Vorschlagsliste III: Franz Schleer, Waldhüter, Magnus Himmelspach, Zimmermeister, Viktor Hügle, Gärtner, Bernhard Hügle, Fabrikarbeiter. Drei der Gewählten gehörten dem früheren Gemeinderat an.

Handel und Verkehr.

Freiburg, 28. Juni. Der heutige Schweinemarkt war mit 675 Milchschweinen befahren. Das Paar wurde verkauft von 4—6 Wochen alte 200—220 Mark, von 6—8 Wochen alte 230 bis 270 Mark, von 8—10 Wochen alte das Paar 280—320 Mark. Die Kauflust war mittelmäßig und wurde nicht alles verkauft.

Todesfälle aus dem Breisgau und Umgebung.

† **Münchweier**, 27. Juni. Hermann Beile, Maurermeister, 65 Jahre alt.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Eppig u. Wilh. Fundt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Trinken müssen Sie immer
einen billigen, aber doch vorzüglichen und wohlbekömmlichen Haustrunk — 1 Liter kostet nur 14—16 Pfg. — gibt
Steigerwald's Kunstmost-Ansatz „Im Konservenglas"
Machen Sie einen Versuch damit und Sie werden keinen anderen mehr kaufen. In Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Süßstoff ist er überall erhältlich. Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:
J. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.

Fräulein sucht auf 1. August oder früher gut möbliertes
Zimmer
mit Licht in ruhig. Hause. Angebote erbeten unter M. H. Nr 4414 an die Gesch. der Breisg. Nachr.

Ein freundl. möbl.
Zimmer
ist an einen einzelnen Herrn abzugeben bei 4431
Frau Gerdau, Schloßberg 2, Emmend.

CONRAD LUTZ
EMMENDINGEN.
Drahtanschrift: Lutz Emmendingen.
Fernsprecher Nr. 32.
Postschliessfach 43.
Postscheck Konto Nr. 1452 Amt Karlsruhe.

EMMENDINGEN, 1. Juli 1919.

Mitteilung!

Mit dem heutigen Tage habe ich das väterliche Geschäft übernommen.
Die lauteren Grundsätze, die dem Unternehmen über vier Jahrzehnte Richtschnur und Leitstern waren, haben ihm einen stets wachsenden Kreis treuer Kunden erworben. Ich nehme Veranlassung für das entgegengebrachte Vertrauen zu danken und bitte auch ferner um gefl. Berücksichtigung. Ich werde bemüht sein, allen Ansprüchen weitmöglichst gerecht zu werden.
Das Geschäft wird unter der alten Firma weitergeführt.
Hochachtend!
Victor Lutz.

Pferde-Verkauf.

1 Braunwallach, mittleren Schlags, 6 Jahre alt, oder eine Braunstute mit schönem Fohlen, 9 Jahre alt, leichteren Schlags, beide fromm, prima im Zug und flotte Gänger zu verkaufen 4425
Oberhausen, Haus 195. Amt Emmendingen.

7jährige 4432
Fuchsstute
schweren Schlags, zugfest, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Gesch des Blattes.

2 starke 4409

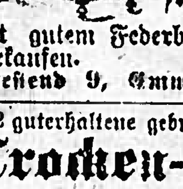
Zugochsen
hat zu verkaufen Gottl. Moser, Hofbauer, Glasig-Freiamt.

Eine 4402

Gluckhenne
mit 8 Jungen, ist zu verkauf.
n Wasser, Haus Nr. 1 ober. Höfe

Zu verkaufen
zwei gute
Milchgaisen
(Saanen-Rasse) m. transportablem Stall u. Futter, ferner praktisches
Hühnergatter
und mehrere
Hasenställe
Meriankstr. 6 I, Emmendingen.

Zu kaufen gesucht:
Guterhaltenes 4411
Fahrrad
ohne Gummibereifung, ferner ½ Klafter
Holz.
Von wem? sagt die Geschäftsst. ds. Blattes.

Guterhaltener
Kasten-Herd
schöne 4407

Bettstelle
mit gutem Federbett zu verkaufen.
Westend 9, Emmendg.

2 guterhaltene gebrauchte
Trockenklosett
mit Klappen, sind zu verkaufen. 4416
Markgrafenstraße 55, Emmendingen.

U. S. P. Emmendingen und Umgebung
Heute Abend 8 Uhr findet in der Sinnerhalle eine
Mitglieder-Versammlung
statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist durchaus notwendig. Es wird Genosse Adolf Geck anwesend sein. 4429
Ferner ist in letzter Versammlung beschlossen worden, die regelmäßige Mitgliederversammlung auf 1. und 15. jeden Monats festzusetzen.
Der Vorstand.

Verloren
oberhalb der Kinzig eine lilalederne 4434
Damen-Handtasche
mit wertvollem Inhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. abzugeben.

Mädchen
das bürgerl. kochen kann, zum 1. Aug. oder später gesucht. 4427
W. Reichelt, Emmendingen Marktplatz.

Suche für sofort einen zuverlässigen braven
Jungen
für Landwirtschaft zwischen 17 und 18 Jahren, gute Verpflegung. 4421
Zu erfragen in der Gesch. ds. Blattes.

Zu verkaufen
zwei neue
Damast-Bettbezüge
(weiß), eine ber. noch neue
Wäschemangel
1 Fahrrad
mit Bereifung. 4420
Neustraße 30 H., Emmendingen.

Im Auftrage habe ich zu verkaufen: 4418
dunkelgestreiften
Sonntags-Anzug
Größe 1.60 bis 1.65, einen
Hochzeits-Anzug
Größe 1.70 bis 1.75, beide für kräftige Figur; einen einzelnen schwarzen
Rock
kleine Figur, lauter sehr gute Sachen.
Gg. Breisacher, Schneiderm., Teningen.

Gute saubere Betten
mit Haar- u. Wollmatr., Waschtische, Nachttische, Tische, Kleiderschränke, großer Küchenschrank, kl. Schränkchen, neue Liegstühle, Küchenschäfte alles preiswert zu verk.
Schüssele. 4404
Hochbergstr. 18, 2. St.

Zu verkaufen ein gut erhaltener 4435
Kinderwagen
Karl-Friedrichstraße 41, Emmendingen.

1 Schreibtisch
oder Pult, 1 Ladentheke sowie eine 5 kg
Wage
zu kaufen gesucht.
Von wem sagt die Gesch. des Blattes. 440[illegible]

Konversations-Lexikon
zu kaufen gesucht. 4424
W. Hunn, Herbolzheim i. Br.

Kirschen
am Baum zu verkaufen. Hohe Leiter erforderlich.
Zu erfr. in der Gesch. der Breisg. Nachr. 440[illegible]

Amtliche Bekanntmachungen.

286 **Bekanntmachung**
vom 25. Juni 1919.
Höchstpreise für Fleisch, Wurst u. sonstige Fleischwaren betr.

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 21. Januar 1915 und 22. März 1917 (Reichsgesetzblatt 1914 Seite 339, 513, 1915 Seite 25, 1917 Seite 253) sowie auf Grund der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiberei (Reichsgesetzblatt Seite 395) wird unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 17. April 1919 (Staatsanzeiger Nr. 92) bestimmt:

Soweit nicht vom Kommunalverband auf Grund der Bestimmungen unter Ziffer II dieser Bekanntmachung andere Preissätze bestimmt werden, dürfen die Höchstpreise bei der Abgabe der Ware an den Verbraucher für ein Pfund nicht überschreiten:

1. bei Rindfleisch:
   a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf 2.60 Mk
   b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe, ausgenommen Lummel 3.00 Mk
   c) für Lummel ohne Knochen (ausgebeint) 3.40 Mk.
2. bei Kalbfleisch:
   a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf 2.— Mk
   b) für Schnitzel ohne Knochenbeigabe 2.70 Mk.
3. bei Schaf- (Hammel-) Fleisch:
   für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf 2.15 Mk
4. bei Ziegenfleisch (auch Zickleinfleisch):
   jeder Art 1.80 Mk
5. bei Schweinefleisch:
   a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenteile 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf 1.50 Mk.
   b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe 1.80 Mk.
   c) für gesalzenes (gepökeltes Fleisch) 1.70 Mk.
   d) für geräuchertes Fleisch 1.90 Mk.
   e) für frisches (rohes) Schweinefett 1.80 Mk
   für ausgelassenes Schweinefett 2.20 Mk
   f) für frischen Speck 1.80 Mk
   für gesalzenen Speck 2.— Mk
   für geräucherten Speck 2.20 Mk.
   g) für Schinken, roh im ganzen 2.20 Mk.
   roh im Ausschnitt (ohne Schwarte) 2.80 Mk
   gekocht oder im Ausschnitt (ohne Schwarte) 3.— Mk.
6. für Wurst:
   a) Leberwurst frisch (auch gebunden) 1.60 Mk.
   dieselbe geräuchert 1.80 Mk.
   b) Blutwurst (Griebenwurst), auch abgebunden 1.10 Mk.
   c) Schwartenmagen (roter und weißer) 1.80 Mk.
   derselbe geräuchert 2.— Mk.
   d) Fleischwurst (auch abgebunden) 2.60 Mk.
   e) frische Bratwurst 2.30 Mk
   f) Landjäger 2.60 Mk
7. für sonstige Fleischwaren:
   a) Leber vom Rind 2.10 Mk
   Leber vom Kalb 2.— Mk.
   b) Nieren 2.30 Mk
   c) Zunge, frisch 2.90 Mk.
   geräuchert 4.40 Mk.
   d) Kalbsgekrös 1.— Mk.
   e) Hirn vom Rind, das Stück 2.10 Mk.
   vom Kalb das Stück 1.50 Mk

Diese Höchstpreise verstehen sich für Ware bester Beschaffenheit und gelten auch für Fleisch u. Fleischwaren ausländischer Herkunft, soweit nicht in einzelnen Fällen besondere Ausnahmen von uns zugelassen werden.

II. Die Kommunalverbände sind befugt, für ihren Bezirk oder für einzelne Gemeinden ihres Bezirks den besonderen örtlichen Verhältnissen entsprechend niedrige Preise festzusetzen. In gleicher Weise können die städtischen Kommunalverbände, sofern ein dringendes Bedürfnis dazu vorliegt, höhere Preise festsetzen, die aber in Städten mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern die in Ziffer I bezeichneten Sätze um höchstens 10 vom Hundert, in Städten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern um höchstens 15 vom Hundert, in Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern um höchstens 20 vom Hundert übersteigen dürfen.

Die Höchstpreise sind in den Räumen, in denen die Abgabe der Ware an die Verbraucher erfolgt, in deutlich lesbarer Schrift anzuschlagen.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 25. Juni 1919.
Ministerium des Innern.
Remmele. Dr. Lentz.

Lebensmittelaufruf.

Auf **Bestellabschnitt 149** der Lebensmittelkarte können die Bezirkseinwohner soweit sie versorgungsberechtigt sind (grüne Karten) 4418

125 gr. Kartoffelstärkemehl (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 78 Pfg. das Pfund
oder **125 gr. Hülsenfruchtmehl** (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 90 Pfg. das Pfund
oder **125 gr. Gerstensuppe** (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 84 Pfg. das Pfund

beziehen. Bestellfrist wie üblich zwei Tage; die Bestellabschnitte sind am dritten Tage an die Ortsverteilungsstelle weiterzugeben.

Emmendingen, den 28. Juni 1919.
Kommunalverband.

Lebensmittelaufruf.

Auf **Bestellabschnitt 148** der Lebensmittelkarte können die Bezirkseinwohner, soweit sie versorgungsberechtigt sind (grüne Karten)

8 Gramm Tee (auf den Kopf)

(Kleinverkaufspreis für 8 Gramm 25 Pf.) beziehen. Bestellfrist zwei Tage. Am dritten Tage sind die Bestellabschnitte der Ortsverteilungsstelle einzusenden.

Emmendingen, den 28. Juni 1919.
Kommunalverband.

Nr. 287 **Verordnung über die Preise von Schlachtrindern**
Vom 17. Juni 1919.

Auf Grund des § 8 Abs. 2 der Verordnung über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh vom 19. März 1917 (Reichsgesetzblatt S. 243) wird in Abänderung von § 7 Abs. 1 derselben Verordnung und unter Aufhebung der Verordnung über die Preise von Schlachtrindern vom 15. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 128) folgendes bestimmt:

Artikel 1

Bis auf weiteres darf beim Verkaufe von Schlachtrindern durch den Viehhalter der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht bei
1. geringgenährten Rindern einschließlich geringgenährten Fressern (Klasse C) 80 Mk
2. fleischigen Rindern (Klasse B) 110 Mk.
3. ausgemästeten oder vollfleischigen Rindern (Klasse A) 130 Mk.

nicht übersteigen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Juni 1919.
Der Reichsernährungsminister
Schmidt.

Nr. 237 **Bekanntmachung.**
(vom 25. Juni 1919)
Höchstpreise für Schlachtrinder betr.

Die Bekanntmachung vom 26. Juli 1917, Höchstpreise für Schlachtrinder betreffend (Staatsanzeiger Nr 203), in der Fassung vom 18. März 1918 (Staatsanzeiger Nr. 65) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Bis auf weiteres gelten für Schlachtrinder die in der Verordnung des Reichsministeriums über die Preise von Schlachtrindern vom 17. Juni 1919 (Reichgesetzbl. Nr. 116) festgesetzten Höchstpreissätze.

Karlsruhe, den 2?. Juni 1919.
Ministerium des Innern.
I. A.: Schneider Dr. Schühly.

Lebensmittelaufruf.

Auf **Bestellabschnitt 147** der Lebensmittelkarte können die Bezirkseinwohner, soweit sie versorgungsberechtigt sind (grüne Karten)

250 Gramm Teigwaren (auf den Kopf)

(Kleinverkaufspreis 66 Pfg. das Pfund) beziehen. Bestellfrist zwei Tage. Am dritten Tage sind die Bestellabschnitte bei der örtlichen Verteilungsstelle zwecks weiterer Vorlage einzureichen.

Emmendingen, den 28. Juni 1919. 4419
Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Die Abgabe der **Kindernährmittelkarten** für den Monat Juli d. Js. — Hafernährmittel — Gries — Weizenmehl — Zucker — findet am

Mittwoch, 2. Juli für die Familiennamen A—K
Donnerstag, 3. Juli „ „ L—Z

von vormittags 7—12 Uhr im Rathause **Zimmer Nr. 5** statt.

Kindern unter 12 Jahren werden die Karten nicht ausgehändigt.

Emmendingen, den 1. Juli 1919. 324
Bürgermeisteramt:
Rehm

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde gibt an hiesige Einwohner aus dem Stadtwalde 322

Baumstützen

ab. Bestellungen sind bis spätestens **Freitag, den 4. Juli 1919** auf der Polizeistube aufzugeben. Der Tag der Abgabe wird später bekannt gegeben.

Emmendingen, den 30. Juni 1919.
Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Kartoffelabgabe betr.

Die bei der Stadt am 24. und 25. Juni 1919 bestellten Kartoffeln werden wie folgt abgegeben:

Am Mittwoch, den 2. Juli im früheren Karcherschen Bierkeller, oberhalb der kath. Kirche vormittags von 1/2 8 Uhr bis 12 Uhr und nachmittags von 1/2 2 bis 5 Uhr für die Buchstaben A bis mit K.

Am Donnerstag, den 3. Juli im früheren Sinner'schen Bierkeller oberhalb des städtischen Krankenhauses vormittags von 1/2 8 Uhr und nachmittags von 1/2 2 bis 5 Uhr für die Buchstaben L bis mit Z.

Der Preis beträgt pro Pfund 8 Pfennig.
Körbe oder Säcke sind mitzubringen.
Die Kartoffeln sind vor Empfangnahme auf der Stadtkasse in obiger Reihenfolge zu bezahlen.
Wer die Kartoffeln in der vorgeschriebenen Zeit nicht abholt, verliert seinen Anspruch darauf.

Emmendingen, den 30. Juni 1919.
Städt. Lebensmittelamt Emmendingen.

Margarine-Vertretung.

Eine der bedeutendsten Margarinefabriken sucht für Waldkirch, Emmendingen u. Kaiserstuhl bei Bäckereien etc. gut eingeführten Vertreter.

Angebote unter Nr. 4408 an die Geschäftsstelle der Breisgauer Nachrichten.

W. Schmitt, Büchsenmacher

Ausführung sämtlicher Reparaturen
Umarbeitungen u. Reinigen v. Waffen
Freiburg. Sautierstr. 22.

Gemischtes Dörrgemüse

(meistens Gelberübenschnitzel) zu Suppen, aber auch vorzügliches Futter für Pferde, Rindvieh und junge Schweine ist zu 60 Pfennig das Pfund zu haben in der 4480

Teninger Mühle.

Kriegsanleihe-Besitzer

tretet dem

Kriegsanleiher-Verband

bei. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Zwecke der Genossenschaft sind:

1. Sicherung der Reichsanleihen gegen Kursverlust und Annulierung
2. Bequeme Belehnung bis zum Nennwert, gegen 1/2 % extra.
3. Erhöhung der Zinsen um 1 % für Darleiher, die Anlehen für Belehnungen zur Verfügung stellen.
4. Durchführung bankmässiger Uebertragbarkeit der Reichsanleihen, auch irgend welcher Teilbeträge, nach dem Nennwert.
5. Vereinbarung von Rabatten für die Genossen und Sparer, vorteilhafte Begleichungen durch Reichsanleihe-Konten, Vergünstigungen bei Versicherungen aller Art und sonstigen geschäftlichen Abschlüssen.
6. Einlösung der Zinsen und Auszahlung zu gewünschten Terminen.
7. Verwaltung, Kauf und Verkauf von Reichspapieren.
8. Errichtung von Sparkonten, deren Einlagen durch Reichsanleihen genossenschaftlich verzinst werden.
9. Weitmöglichste Auslandsverwendung der Reichsanleihen.
10. Allgemeinere Heranziehung bis zu allmählich ausgeglichener Beteiligung an Reichsanleihen durch Pflichtteil von alljährlich 1 % vom Kapital und Einkommen für Sparkonten.

Mündliche Auskunft von 2 bis 4 Uhr nachmittags und Prospekte durch den

Vertreter

3697 **Fritz Vögt, Freiburg i. B., Eschholzstr. 70.**

Günstige Gelegenheit für Jedermann!!!

Behördlich freier Ware unter den amtlichen Höchstpreisen!

Je 10000 Paar

Ia starke Kern-Ledersohlen Modell W

für Grösse	23—29	30—37	38—41
Preis p. Paar	1.60	2.10	2.40 Mk.

Ia starke Kern-Lederoberflecke Mod. W

Grösse	1—3	4—6	7—9
Preis p. Paar	0.35	0.45	0.65

Es kommt nur ganz prima Ware aus starken Kern-Sohlleder-stücken hergestellt mit allerbesten breiten Formen zum Versand. — Versand nicht unter je 5 Paar nur per Nachnahme ab Lager — Decken Sie Ihren Bedarf sofort. — Nie wiederkehrende Gelegenheit für Händler und Schuhmacher! — Genaue Adresse, Post- und Bahnstation angeben.

Hugo Ebert, Bensheim (Hessen), Telefon 96
Postscheck-Konto Nr. 6325 Stuttgart.

Lieferant vieler Post- und Eisenbahnbehörden, sowie städt. und staatl. Behörden, Kommunen, Anstalten u. s. w. Viele lobende Anerkennungen!

Zur gefl. Beachtung!

Große Anzeigen erbitten wir uns wie seither am Tage vor dem Erscheinen der betr. Ausgabe, dagegen haben wir für kleine Anzeigen den **Schlußtermin** auf

1/2 9 Uhr vormittags

festgesetzt.

Verlag der „Breisgauer Nachrichten"
Emmendingen.

Orangen

in Kisten von 300, 200 und 160 Stück, hat abzugeben. 4362

Jos. Pfordt, Freiburg i. Br.
Nussmannstr. 1, Tel. 766. Versand nach auswärts.

Schürzen
Grosser Posten nur
baumwolle u. leinen
waschecht für Kinder und Erwachsene
Strümpfe
für den Sommer, 4189
E. Dietsche,
Kurz- und Manufakturwaren
Freiburg, Günterstalstr. 13.

Arznei-Versorgung betreffend:

Infolge eines Tarifvertrages wird die Apotheke dahier vom 1. Juli ab um 8 Uhr abends **geschlossen.** Von 8 Uhr besteht nur für dringende Fälle Dienstbereitschaft. 4445

Gesucht

zu leihen eventuell auch zu kaufen eine ältere 4286

Henne

zum Ausbrüten von Gänseeier **sofort.**

Angebote unter Nr. 4286 an die Gesch. des Blattes.

Charakterfehler haben Sie und Ihre Mitmenschen 3723

Glück Zukunft

hängt davon ab diese zu erkennen. Sie erhalten eine vollst. Charakterstudie nach Einsendung von 20 Zeilen Tintenschrift und nur Mk. 2.15. Wissenschaftliche Begründung 1 Mk. mehr.

Oskar Louis Lenk, Hausen-Raitbach (Baden).

Sängerrunde Hochberg
Morgen Mittwoch Abend
Probe.
Der Vorstand.

Tüchtiges 4370

Mädchen

für Küchen und Hausarbeit, sowie ein jüngeres

Mädchen

welches etwas Nähen u. Bügeln kann, gesucht. Näheres bei

Frau Martin Braun,
Freiburg i. B. Kaiserstr. 89.

Tüchtige Reisende

welche bei der Landkundschaft und Industrie gut eingeführt sind, werden für den Verkauf von

Wagenfett u. Lederfett
Friedensware, kein Ersatz)
Maschinenöle

hell und dunkel, allerorts geg. hohe Provision sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen erbeten an 4290

Berg u. Co.
Techn. Oelen u. Fette, Freiburg i. B.

Wohnung

2—3 Zimmer, Küche und Zubehör von kleiner, ruhiger Familie in Emmendingen oder an der Bahnlinie bis Freiburg sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter Nr. 4382 an die Geschäftsstelle des Blattes.

1 Jahr alter sehr wachsam

Hofhund

ist zu verkaufen 4335
Haus Nr. 26, Landeck.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahl. verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 6.

Weibliches Personal
wie Zimmermädchen, Köchinnen, Haushälterinnen Laufmädchen, Putz- u. Monatsfrauen, Dienstmädchen u. Mägde für Garten- und Feldarbeit erhalten Sie rasch und mit wenig Kosten durch eine Anzeige in den Breisgauer Nachrichten in Emmendingen.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.90 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.80 den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 70 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 10 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 150 (Evang.: Mar. Heims.) Emmendingen, Mittwoch, 2. Juli 1919. (Kath: Mar. Heims.) 54. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 1. Juli. Auf der Tagesordnung der 43. Sitzung der Nationalversammlung stehen zunächst kleine Anfragen.

Der Abg. Mumm (D.-N.) fragte nach der Verwendung von Reichsgeldern für Parteizwecke, wie sie durch Versendung von Broschüren und sonstigen Drucksachen im Werbedienst der deutschen Republik und der Zentrale für Heimatdienst erfolgt seien. Geheimrat v. Welser gab bekannt, daß seit mehreren Wochen jeder Versand endgültig eingestellt sei.

Frau Zietz (U. S. P.) fragte, was die Regierung zu tun gedenke, um die gegen zahlreiche Angehörige der U. S. P. in Berlin angeordnete Ueberwachung ihrer telephonischen Anschlüsse durch die politische Polizei zu beseitigen. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß seit Verhängung des Belagerungszustandes die Militärbehörden Anordnungen über die Aufhebung des Telephongeheimnisses in bestimmten Fällen ergehen lassen könnten und daß sie die Verantwortung dafür trage.

Abg. Graf zu Dohna fragte nach der in Aussicht gestellten reichsgesetzlichen Regelung der Haftpflicht für Aufruhrschäden. Geheimrat v. Welser teilte mit, daß ein Gesetzentwurf über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden bereits dem Staatenausschuß vorliege und voraussichtlich in einigen Tagen der Nationalversammlung vorgelegt werden könne.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen beschäftigte sich das Haus mit dem Entwurf zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland, wonach die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Unternehmungen zur Schaffung kleiner Siedelungen und zur Hebung der bereits bestehenden Siedelungen zu schaffen. In der Aussprache wurde von allen Vertretern mit Ausnahme der U.-Soz. das Gesetz begrüßt, wenn auch hier und da auf einige Mängel hingewiesen wurde. Nach sechsstündiger Debatte wurde der Entwurf in erster und zweiter Lesung angenommen. Das Haus wird morgen die zweite Lesung der Verfassungsvorlage beginnen.

WTB. Weimar, 1. Juli. Der Aeltestenrat der Nationalversammlung einigte sich in seiner heutigen Sitzung dahin, das Siedelungsgesetz in allen drei Lesungen zu erledigen und morgen, Mittwoch, 3 Uhr mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage zu beginnen. Man hofft, in dieser Woche mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage fertig zu werden. In der nächsten Sitzung sollen dann die zwölf Steuervorlagen in Angriff genommen werden, und man rechnet damit, die erste Lesung dieser Steuervorlage in drei Tagen erledigen zu können. Hierauf, am 11. und 12. Juli, soll die Verfassungsvorlage in dritter Lesung ihre Verabschiedung finden. Dabei wird eine ausgiebige Generaldiskussion zugelassen werden. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuern und die große Vermögensabgabe noch im Juli in allen drei Lesungen verabschiedet werden, um sofort in Wirksamkeit treten zu können. Man hofft, bis Ende Juli den vorliegenden Arbeitsstoff bewältigt zu haben. Ende August werden die Steuerausschüsse in Berlin zusammentreten. Das Plenum wird von Oktober bis Dezember in Berlin tagen. Neuwahlen werden voraussichtlich im Januar stattfinden.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 1. Juli. Der Minister für öffentliche Arbeiten erläßt eine Bekanntmachung, in der er unter Hinweis auf die Gefährdung der Lebensmittelversorgung durch den Eisenbahnerstreik, durch welchen gegen 9000 Wagen allein für Berlin auf weiten Strecken unterwegs zum Stilliegen gekommen sind, folgendes bestimmt: Arbeiter, die nicht bis spätestens 3. Juli den Dienst wiederaufnehmen, sind entlassen, ebenso Beamte, die nicht zu dem gleichen Tage ihren Dienst wiederaufnehmen. Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen.

WTB. Berlin, 1. Juli. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von zuständiger Seite erfährt, liegt eine Berechtigung der Annahme einer baldigen Herbeiführung der Friedensratifikation von deutscher Seite noch nicht vor. Der Grund dürfte darin liegen, daß noch eine Reihe vorläufiger Fragen, so besonders die neue Grenzfestsetzung in den abzutretenden Gebieten, erledigt werden müssen. Für die Ratifikation wird auch die preußische Landesversammlung aus dem Jahre 1849 mitwirken müssen.

Sonstige Meldungen.

Nürnberg, 1. Juli. (Privattelegramm). Der 10. deutsche Gewerkschaftskongreß wurde gestern hier von dem Abgeordneten Legien eröffnet. Vertreten sind 52 Verbände mit fast einer halben Million Mitglieder durch 664 Delegierte. Sehr zahlreich ist das Ausland vertreten, so Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, die Schweiz und Oesterreich.

Berlin, 1. Juli. (Privattelegramm). Infolge des Streiks der Eisenbahner auf den schlesischen Bahnstrecken hat die Regierung, wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten melden, Marschall Foch gebeten, die für den 1. Juli angekündigten letzten polnischen Truppentransporte solange hinauszuschieben, bis in Deutschland die Ordnung wiederhergestellt ist.

WTB. Bern, 1. Juli. Aus der Sitzung des sozialistischen Seineverbandes für Diskussion des Friedensvertrages ist zu erwähnen, daß die Mehrheit auf die Gefahr hin, die öffentliche Meinung zu skandalisieren, vorschlug, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Andere Redner betonten, daß der Vertrag nur für England gemacht sei. Die Forderung auf Abgabe von 50000 Milchkühen von Deutschland wurde auch beanstandet. Zu dem Vorwurfe Rapaports, daß der Versailler Vertrag nur einen neuen Krieg vorbereite, nahmen mehrere Redner Stellung und verlangten gründliche Erörterung des Vertrages in der Partei. — Journal de peuple sagt, der englische Imperialismus gehe allmächtig aus dem Kriege hervor. Clémenceau habe sich einen Verdienstorden um England verdient.

WTB. Paris, 1. Juli. (Havas). Nach dem „Journal" wird, um die Inkraftsetzung des Friedensvertrages zu beschleunigen, alsbald nach dessen Ratifizierung durch Deutschland und durch drei der alliierten Mächte jede dieser Mächte einen Delegierten bezeichnen, der an die in Paris befindliche Versammlung die Erklärung einbringen, daß der Vertrag regelrecht bestätigt worden ist. Das Protokoll dieser Versammlung wird das unverzügliche Inkrafttreten des Vertrages bestimmen. — Nach dem „Petit Journal" nimmt man an, daß die Ratifizierung ungefähr in vierzehn Tagen erfolgen wird.

Aus dem Haag, 2. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Chicagoer Tribune" bringt die Nachricht, daß es in Brest zu ernsten Zusammenstößen zwischen französischen Marinesoldaten und amerikanischen Matrosen gekommen ist, wobei es viele Verwundete gab.

WTB. Amsterdam, 30. Juni. Der Handelskorrespondent der Times meldet aus Washington, daß aus der vom amerikanischen Handelsamt veröffentlichten Statistik hervorgehe, daß der Anteil der britischen Schiffe am Warenverkehr dauernd abnimmt, während der Anteil der amerikanischen Schiffe stark im Wachsen begriffen ist und wahrscheinlich bald an erster Stelle stehen wird.

WTB. Stockholm, 1. Juli. Wie Branting aus London telegraphiert, werden auch in konservativen englischen Kreisen Stimmen gegen den Friedensvertrag laut. So schreibt Garvan im „Observer": Gewalt, mag sie sich nun Militarismus oder Bolschewismus nennen, kann nur den eigenen Untergang vorbereiten. Auch die letzte, verbesserte Form des Friedensvertrages kann niemals ohne Revision bestehen bleiben. Die Alliierten haben den Sieg überkapitalisiert und dadurch die reaktionären und anarchistischen Kräfte ermutigt.

Zur Lage im Osten.

Königsberg, 2. Juli. Graf Goltz verhängte infolge grober Ausschreitungen, bei denen es Tote und Verwundete gab, über Riga das Standrecht und ernannte den Major Sixt von Arnim zum Gouverneur von Riga. B.L.-Anz.

Englisches Verständnis für die Lage im deutschen Osten.

Der englische Berichterstatter Desmond schildert in der „Daily News" die herzzerreißenden Eindrücke, die er auf seiner Reise durch das an die Polen abzutretende deutsche Gebiet und Danzig empfangen hat. Er schreibt u. a.:

Nirgends könne eine Bevölkerung eindrucksvoller ihrem Willen durch öffentliche Kundgebungen Ausdruck geben, deutsch bleiben zu wollen. Die Bevölkerung sei zumindest 80 Prozent deutsch, und das Land sei voll von Stätten deutschen Fleißes, deutscher Arbeit, deutscher Kunst und deutscher Industrie. Wenn auch Polen Autonomie verdiene, so müsse es seine Würdigkeit doch erst beweisen, und in rein von den Polen bewohnten Gebieten hätte es reichlich Raum, dies zu tun.

Einen ähnlichen Bericht bringt der Korrespondent des „Manchester Guardian" aus Danzig, der mit den Worten schließt: „Neben der Unsinnigkeit der Grundsätze, die in der parteiischen Behandlung der Ostfragen liegt, hat man hier an Ort und Stelle Gelegenheit, sich von ihrer völlig. Undurchführbarkeit zu überzeugen."

Die englisch-französischen Arbeiter gegen den Vertrag.

Nach einer Reutermeldung aus Southport wird in der Entschließung der Arbeiter-Konferenz, in der die rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die sofortige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages verlangt wird, die Arbeiterbewegung aufgefordert, im Einvernehmen mit der Internationale eine energische Aktion zu beginnen, um die Unterstützung der Völker für diesen Schritt zu gewinnen. Renaudel erklärte, er hoffe, daß die englische Arbeiterpartei in einigen Jahren die Regierung werde übernehmen können. Der Friedensvertrag und der Völkerbund entsprächen nicht den Anforderungen und Bestrebungen der arbeitenden Klassen Frankreichs und Englands. Sie müßten so abgeändert werden, daß sie eine Garantie für die Dauer des Friedens bilden. Es sei Pflicht der Sozialisten, ungeschehen zu machen, was in Versailles schlecht gemacht worden sei. Der Versailler Friede sei kein Friede und die Deutschen würden durch ihn in jeder Hinsicht den anderen Völkern gegenüber in Nachteile gestürzt. Augenblicklich seien alle Länder Europas voll von „Preußen". Der Sekretär des französ. allgemeinen Arbeiterverbandes Jouhaux sagte: Der Friedensvertrag ist das Gegenteil von dem, worauf die Völker hofften und was die Regierungen versprochen haben, und er kann leicht zu einem neuen Krieg führen.

Eine Kritik General Smut's am Friedensvertrag.

London, 30. Juni. Der südafrikanische General Smuts äußerte auf Befragen einem Vertreter des Reuterschen Büros, er habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht weil er ihn befriedigte, sondern weil es unbedingt notwendig gewesen sei, um den Krieg zu beendigen. Der Vertrag sei lediglich eine Liquidation der Kriegslage der Welt. Nur ein neuer Geist der Großherzigkeit und Menschlichkeit der unter allgemeinem Leiden und Trauer in den Herzen der Völker erwache, könne diese Wunden am Körper der Menschheit heilen. In dem Friedensvertrag sei wenigstens zweierlei endgültig errungen: Die Zerstörung des preußischen Militarismus und ein Völkerbund. Der Wiederaufbau der zerstörten Welt sei nur unter zwei Voraussetzungen möglich: 1. müßten die Deutschen das britische Volk von ihrem ehrlichen Willen überzeugen, und zweitens müßten die Alliierten daran denken, daß Gott ihnen den überwältigenden Sieg nicht verliehen habe zu kleinlichen und selbstsüchtigen Zwecken, sondern zur Erreichung großer Ideale, die die wahren Sieger in diesem für ideale Zwecke geführten Kriege gewesen seien.

Laut „Temps" veröffentlicht General Smuts eine Erklärung, die über seine von dem Reuterschen Büro gemeldete Aeußerung hinaus noch besagt, der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt. Manche Abmachungen über Landabtretungen seien änderungsbedürftig und manche Sicherungsbestimmungen stünden mit der neuen friedlichen Gesinnung und der Entwaffnung der früheren Feinde nicht in Einklang. Die vorgesehenen Strafen müßten bei ruhiger Erwägung gestrichen werden. Die geforderten Entschädigungen würden den industriellen Wiederaufbau Europas beträchtlich schädigen und müßten zum Wohle Aller gemäßigter gestaltet werden. Der Völkerbund sei noch unvollkommen u. müsse zu einem wahren Werkzeug des Fortschritts gebildet werden. Nur so werde die Vernichtung des Militarismus, die vertragsgemäß allein vom Feinde durchgeführt werden soll, bald zum Segen und zur Erleichterung auch für die alliierten Völker werden.

WTB. Amsterdam, 30. Juni. „Telegraaf" berichtet aus Paris, daß General Smuts in seiner anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgegebenen Erklärung noch folgendes sagte: Die sechs Monate, die zwischen dem Waffenstillstand und heute vergangen sind, sind vielleicht noch verwirrender und vernichtender für Europa gewesen als die vier vorhergehenden Kriegsjahre.

Der Friede mit der Türkei.

WTB. Versailles, 30. Juni. (Nichtamtlich.) „Petit Parisien" meldet, daß Clémenceau namens der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der türkischen Delegation eine Antwortnote zugehen ließ, worin Clémenceau daran erinnert, daß die Türkei gemäß der Denkschrift der türkischen Delegation keinen Grund zu einem Konflikt mit den Ententemächten hatte, sondern lediglich als gefügiges Werkzeug Deutschlands in den Krieg gezogen sei. Clémenceau erklärte, daß die These der türkischen Delegation, wonach die Verantwortung für die erbarmungslose Kriegführung und die unerhörten Greuel den jetzigen Führern des türkischen Volkes nicht zur Last gelegt werden dürfe, für die Alliierten unannehmbar sei. Auch müsse die Türkei die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Die völlige territoriale Wiederherstellung der Türkei sei gleichfalls unmöglich, da die Türkei sich stets unfähig erwiesen habe, fremdes Land, das sie beherrschte, friedlich weiter zu entwickeln. In allen Gebieten, die die Türken mit den Waffen erobert haben, sei die materielle Wohlfahrt und Kultur gesunken. Auch das Argument der türkischen Delegation, wonach das islamitische türkische Reich unverändert erhalten werden müsse, weil es der Träger des religiösen Gedankens des Islam sei, könne von den Alliierten nicht angenommen werden. Die ganze Kriegsgeschichte zeigte, daß dieses Argument auf nichts beruhe. Welches könnte denn die religiöse Bedeutung des Krieges sein, in welchem das protestantische Deutschland, das katholische Oesterreich, das orthodoxe Bulgarien und die mohammedanische Türkei sich verbündet hätten, um den Nachbarn auszuplündern? In dieser ganzen Angelegenheit seien die auf Befehl der türkischen Regierung erfolgten Armeniermassakres die einzige Gelegenheit gewesen, bei welcher man den mohammedanischen Fanatismus als Ursache hätte finden können.

Aufhebung des Bankgeheimnisses.

Das bereits mehrfach erwähnte Ergänzungsgesetz gegen die Steuerflucht ist nunmehr im Reichsanzeiger veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die Auskunftspflicht der Banken über die bei ihnen deponierten Effekten und sonstigen Wertgegenstände sowie über die Errichtung von Konten und die Vermietung von Schließfächern sich bereits rückwirkend auf die Zeit seit dem 1. August 1914 erstreckt und daß auch die Sparkassen und alle Personen und Unternehmungen, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankiergeschäfte betrieben, zur Anzeigepflicht herangezogen werden. Die Banken haben den Steuerbehörden über Tatsachen, welche für die Ermittlung von Steueransprüchen oder für die Ausübung der Steueraufsicht von Bedeutung sind, Auskunft zu erteilen und zwar in der Regel schriftlich. Wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft. Die Reichsregierung ist weiter ermächtigt, mit den auswärtigen Regierungen Uebereinkommen auf gegenseitige Rechtshilfe bei der Feststellung des im Ausland befindlichen beweglichen Vermögens der in-